



Update 9/2018 vom 6. Juli 2018

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

die letzten beiden Sitzungswochen vor der Sommerpause hatten es noch einmal in sich. Natürlich hat der sogenannte „Asylstreit“ der sogenannten Union alles überschattet. Trotzdem haben wir im Bundestag weitergearbeitet. Wir haben einige wichtige Gesetzesvorhaben vorgebracht und, mit einiger Verspätung wegen der langen Regierungsbildung, den Haushalt für das Jahr 2018 verabschiedet. Mit diesem ersten Haushalt von Bundesfinanzminister Olaf Scholz stellen wir die Weichen hin zu einer neuen Investitionspolitik. Die „schwarze Null“ halten wir für's erste ebenfalls. Die meisten im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen werden wir mit dem kommenden Haushalt für 2019 angehen, den wir ab dem Herbst dieses Jahres beraten werden.

„Asylstreit“ in der Union

Der sogenannte „Asylstreit“ der Union, der Deutschland und ganz Europa über Wochen in Atem gehalten hat, hat mich maßlos geärgert. Wegen eines sinnlosen Streits um rein symbolische Maßnahmen kurz vor der Landtagswahl in Bayern haben die CSU und Seehofer das Land an den Rand einer politischen Systemkrise geführt. Der Schaden, was Ansehen und Vertrauen in die Politik angeht, ist immens – ein echtes Konjunkturprogramm für die AfD. Die CSU handelt absolut verantwortungslos. Ich habe Euch dazu ja schon ein paar Takte geschrieben (den Text gibt es → [online auf meiner Webseite](#)).

Auch die sogenannte Einigung im „Asylstreit“ zwischen CDU und CSU war ein schlechter Witz. Die Unionsparteien hatten sich darauf verständigt, „Transitzentren“ einrichten zu wollen – also geschlossene Lager. Diese Einigung trafen CDU und CSU in dem Wissen, dass sie den Absprachen im Koalitionsvertrag widerspricht und die SPD geschlossene Lage ohnehin ablehnt. Ein echter Affront also, aus meiner Sicht durchaus kalkuliert.

Umso froher bin ich, dass sich Andrea Nahles und Olaf Scholz nicht haben provozieren lassen, sondern die Union auf der Sachebene gestellt haben. Im gestrigen Koalitionsausschuss konnten sie die Unions-Einigung zerpfücken und Minister Seehofer auf Normalmaß stutzen – die SPD hat sich im Koalitionsausschuss durchgesetzt. Die dort getroffene Einigung orientiert sich am 5-Punkte-Plan der SPD. Die wichtigsten Punkte aus unserer Sicht sind:

- Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt.
- Es gibt eine Lösung mit Europa und nicht gegen Europa.
- Nationale Alleingänge sind ausgeschlossen.
- Mitgliedstaaten mit besonderen Herausforderungen werden unterstützt.
- Besserer Schutz der gemeinsamen Außengrenzen der EU.
- Das Einwanderungsgesetz wird noch in diesem Jahr im Kabinett beschlossen.
- Es wird keine geschlossenen Lager geben, sie standen für die SPD nie zur Debatte.

- Es wird keine einseitigen Zurückweisungen an der Grenze geben. Gesetzliche Änderungen dazu wurden ausdrücklich ausgeschlossen.
- Rechtsstaatliche Verfahren sind garantiert.
- Asylverfahren werden beschleunigt.

In diesem Rahmen kann der Bundesinnenminister nun in die Verhandlungen mit anderen europäischen Staaten für bilaterale Abkommen eintreten. Wir werden Seehofer jetzt umso mehr antreiben, sich nicht nur symbolisch, sondern tatsächlich mit der Migrationsfrage zu beschäftigen.

Jugend und Parlament – Beelenerin als Nachwuchsabgeordnete im Bundestag

Zu Beginn der Sitzungswoche wimmelte es diesmal im Bundestag von Jugendlichen. Allerdings nicht – wie sonst üblich – auf der Besuchertribüne oder der Reichstagskuppel. Nein, die über 300 Jugendlichen nahmen auf den blauen Sitzen der Abgeordneten im Plenarsaal Platz, debattierten dort über Gesetzesentwürfe und gaben schlussendlich ihr Votum ab. Sie alle waren Gäste des Planspiels „Jugend und Parlament“, in dem an vier Tagen der Gesetzgebungsprozess im Bundestag an Originalschauplätzen simuliert wurde. Auch ich hatte die Freude, eine Teilnehmerin bestimmen zu können: Die 18-jährige Frederike Hartmann aus Beelen hat für mich und den Kreis Warendorf an der Politiksimulation teilgenommen.



Die 18-jährige Frederike Hartmann aus Beelen nahm auf meine Einladung hin am Planspiel „Jugend und Parlament“ des Bundestags teil.

Bei einem Besuch in meinem Berliner Büro berichtete Frederike während des Planspiels von ihrer Arbeit als Abgeordnete der fiktiven konservativen Oppositionsfraktion. Beides, sowohl die Ausrichtung ihrer eigenen „Partei“ als auch die Oppositionsrolle, bereitete ihr manchmal Kopfzerbrechen: „Es ist schwierig in Ausschüssen zu sitzen und Punkte einer sozialliberalen Regierungskoalition zu kritisieren, die man privat selbst vertreten würde. Aber man lernt auch, eine gute Argumentation von einer guten Position zu unterscheiden“,

stellte Frederike fest. Frederikes Fazit fällt sehr positiv aus: „Das Planspiel hat mir viel mehr über Parlamentsarbeit erklärt, als es je ein Lehrer könnte. Außerdem lernt man Leute über alle Parteien hinweg kennen. Da sitzen beim Abendessen in einer Gruppe von acht Leuten dann auch mal ‚Vertreter‘ aller sechs Bundestagsfraktionen zusammen. Gerade heute ist es wichtig zu lernen, sich auch auf Sichtweisen einlassen zu können, die man selber kritisch sieht.“

Bundeshaushalt 2018: Wichtiges Signal für die Kommunen

Die ewig andauernden und schließlich erfolglosen Jamaika-Verhandlungen hatten auch negative Folgen für die Kommunen. Zwar hat die SPD unverzüglich nach der Regierungsbeteiligung unter Finanzminister Olaf Scholz einen Haushaltentwurf für 2018 vorgelegt. Die Verzögerung durch das endlose Taktikspiel der Jamaika-Akteure haben die Kommunen auch bezüglich ihrer Finanzausstattung in ihrer Planungssicherheit erheblich eingeschränkt. Der in dieser Woche beschlossene Haushalt für das Jahr 2018 gibt den Kommunen nun endlich Klarheit über die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel.

Dazu ein paar Zahlen: Für die **Städtebauförderung** stehen im Haushalt 2018 rund **808 Millionen Euro** zur Verfügung. Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen ihres **Sofortprogramms „Saubere Luft 2017–2020“** belastete Städte und Kommunen durch neue Förderrichtlinien für mehr schadstoffarme Fahrzeugflotten, die Umstellung auf alternative und emissionsarme Antriebe und mehr Infrastruktur für die Elektromobilität. In 2018 stehen hierfür **54 Millionen Euro** zur Verfügung. Bis 2022 sind im Eckwertebeschluss der Bundesregierung insgesamt 500 Millionen Euro vorgesehen. Für **ÖPNV-Modellvorhaben** in Bonn, Essen, Herrenberg, Mannheim und Reutlingen sind insgesamt **100 Millionen Euro** vorgesehen, die das Sofortprogramm „Saubere Luft“ zusätzlich ergänzen. Im Haushalt 2018 verstetigen wir die Mittel für die **Mehrgenerationenhäuser: 17,5 Millionen Euro** stehen in diesem und in den kommenden Jahren zur Verfügung.

Die eigentliche Umsetzung des Koalitionsvertrags wird allerdings erst mit dem kommenden Bundeshaushalt für 2019 beginnen, den wir ab Herbst im Bundestag beraten werden. Hier werden wir erhebliche Mittel mobilisieren, unter anderem für die Erhöhung des Kindergelds, die Abschaffung des Soli für die unteren 90 Prozent der Soli-Zahler oder für das „Gute-Kita-Gesetz“, für das allein in dieser Wahlperiode 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.

Plenarrede zur gewerbsteuerlichen Hinzurechnung

In der vergangenen Woche haben wir einen Antrag beraten, mit dem die AfD eine angebliche „Urlaubssteuer“ abschaffen wollte. Ich habe zu dem Thema im Plenum geredet (→ [die Rede gibt es online](#)). Wie so oft gilt auch hier: Wenn es um Sachthemen geht, zeigt sich, dass die AfD keinen Schimmer hat. Denn es gibt in Deutschland gar keine „Urlaubssteuer“.



Rede am 29. Juni im Deutschen Bundestag zur gewerbsteuerlichen Hinzurechnung in der Tourismusbranche.

Bei der „Urlaubssteuer“ handelt es sich in Wirklichkeit um eine ziemlich technische Angelegenheit der Gewerbesteuer im Bereich der Tourismuswirtschaft: Damit Unternehmen, die ihr betriebswirtschaftliches Aktivvermögen fremdfinanzieren, nicht bessergestellt werden als Unternehmen, die das Aktivvermögen aus Eigenkapital finanzieren, werden bei der Bemessungsgrundlage bestimmte Tatbestände hinzugerechnet. Heißt übersetzt: Ein Reiseanbieter, dem ein Hotel selbst gehört, soll nicht mehr Gewerbesteuer zahlen als ein Anbieter, der die Hotelzimmer anmietet. Um diese Gleichbehandlung zu erreichen, gibt es die gewerbsteuerliche Hinzurechnung.

Allerdings ist dies nichts neues, wie dies die AfD behauptet – die entsprechende Regelung besteht seit 2008. Damals haben wir eine große Steuerreform durchgeführt und die Unternehmen in Deutschland um jährlich 5 Milliarden Euro entlastet – und, um die erwähnten Ungleichheiten zu vermeiden, die Hinzurechnung bei der Gewerbesteuer systematisiert. Seither läuft aber insbesondere die Tourismuswirtschaft gegen die Hinzurechnungen Sturm. Der Grund ist schlicht: Sie möchten einfach weniger Steuern zahlen. Um ihrem Anliegen mehr Gewicht zu geben, haben sich die Tourismus-Unternehmen den Kunstbegriff der „Urlaubssteuer“ ausgedacht und eine Medienkampagne gestartet. Auf so etwas hat die AfD nur gewartet, die immer auf der Suche nach vermeintlichen Aufreger-Themen ist. In diesem Fall bleibt aber einmal mehr bloß heiße Luft.

Deutschland und Frankreich stärken die europäische Kooperation

Durch den lähmenden Streit der Unionsparteien ist die Sachpolitik in den vergangenen Wochen in den Hintergrund getreten. Dabei gibt es in vielen Bereichen wichtige Fortschritte. Unter anderem hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz mit seinem französischen Amtskollegen vorvergangene Woche einen weitreichenden Plan zur Stärkung der europäischen Kooperation ausgearbeitet.

Das Bankensystem in Europa wird weiter gestärkt. Als Lehre aus der Finanzkrise wurde der sogenannte europäische Bankenabwicklungsfonds gegründet, der im Fall der Fälle für eine reibungslose Abwicklung einer Bank sorgen soll. Mit diesem Abwicklungsfonds soll sichergestellt werden, dass im Fall einer Bankenpleite künftig kein Steuergeld für die Abwicklung einer Bank eingesetzt werden



Besuch aus Münster: 32 Schülerinnen und Schüler des Johann-Conrad-Schlaun-Gymnasiums haben mich am 4. Juli mit ihren Lehrern im Bundestag besucht. Neben einem Austausch über die Arbeit von Abgeordneten haben wir den Reichstag besichtigt. Hier sind wir auf der sogenannten Fraktionsebene, auf der sich auch der Fraktionssaal der SPD befindet.

muss. Zur Stärkung des Abwicklungsfonds soll bis spätestens 2024 eine Kreditlinie des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als zusätzliches Sicherheitsnetz („backstop“) eingerichtet werden. Der ESM wird damit aber keine zusätzlichen Risiken eingehen, weil der Bankensektor eventuelle Hilfsmaßnahmen zurückzahlen muss. Zudem wurde vereinbart, dass der ESM nach dem Vorbild des Internationalen Währungsfonds weiterentwickelt wird – im Sinne eines Europäischen Währungsfonds.

Deutschland und Frankreich schlagen außerdem vor, beginnend im Jahr 2021 im Rahmen der Europäischen Union einen Haushalt für die Eurozone aufzustellen, um die Wettbewerbsfähigkeit, Annäherung und Stabilisierung in der Eurozone zu fördern. Das wurde auf Drängen der Sozialdemokraten unter dem Begriff Investivhaushalt bereits im Koalitionsvertrag vereinbart.

Praktikant aus Beckum im Abgeordnetenbüro



Mit Volkan Gül vor dem Reichstag.

Griechenland-Hilfe, Asylstreit in der Union, Abschaffung des Solidaritätszuschlags – Volkan Gül, 20-jähriger Abiturient aus Beckum, hätte sich kaum eine spannendere Woche für sein Praktikum im Bundestag aussuchen können. Als Praktikant in meinem Bundestagsbüro konnte Volkan eine Woche lang den Arbeitsalltag eines Abgeordneten hautnah erleben und einen unverstellten Blick in den Bundestagsbetrieb werfen.

Dazu Volkan: „Es war eine großartige Erfahrung, das aktuelle politische Geschehen ‚live‘ im innersten Organ der deutschen Politik mitzubekommen. Spannend war es auch, Bernhard Daldrup zu den verschiedenen Sitzungen und Gremien des Bundestags zu begleiten. In der AG Finanzen der SPD-Fraktion und im Finanzausschuss haben die Abgeordneten unter anderem über das Auslaufen des letzten Hilfspakets für Griechenland und die geplante Soli-Abschaffung diskutiert. Da ich Volkswirtschaftslehre studieren möchte, haben mich

diese Themen besonders interessiert. Die Diskussionen waren sehr komplex, aber zugleich konnte man eine Menge lernen. Außerdem war es eine interessante Erfahrung, plötzlich nur ein paar Meter entfernt von berühmten Politikern wie Andrea Nahles oder Martin Schulz zu stehen, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt.

Das Praktikum hat mich sehr inspiriert – vor allem die einzelnen Personen, sowohl im Finanzausschuss, als auch das Team von Bernhard und Bernhard selbst. Die Atmosphäre dort ist sehr angenehm und ich wurde unmittelbar in die Arbeit einbezogen. Ich kann jedem, der sich für Politik interessiert, nur empfehlen, auch mal in den Bundestag reinzuschnuppern.“

AG Kommunalpolitik mit Martin zur Nedden



Mit Andreas Schwarz, Elisabeth Kaiser, Sarah Ryglewski, Martin zur Nedden und Bettina Müller (v.l.n.r.) am 2. Juli in der AG Kommunalpolitik.

Seit Ende April gibt es den neuen Ausschuss für „Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen“ im Bundestag. Damit wollen wir uns auch auf Bundesebene intensiv um die Frage der Regionalentwicklung kümmern, mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

Der Raumordnungsbericht 2017 bietet eine detaillierte Analyse der Disparitäten heute – bezüglich Mobilität, Bildung, Gesundheitsversorgung etc. – aber auch über Entwicklungstrends in der Zukunft. Wie verlaufen die langfristigen Trends der Regionalentwicklung? Sind Urbanisierung und Landflucht unaufhaltbar? Verstärken sich die Ungleichheiten? Welche Strategien sind hinsichtlich der Prognosen sinnvoll? Über diese Fragen haben wir in der AG Kommunalpolitik mit Prof. Martin zur Nedden diskutiert, dem ehemaligen Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik.

Zu guter Letzt: Fragen, Anregungen, Kritik?

Meldet euch, ihr wisst, wie es geht.

Euer